

Drei Jahre Bundestag – Eine Bilanz

Thomas Nord für Frankfurt (Oder) und Landkreis Oder-Spree

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

vor nun gut drei Jahren wurde ich von knapp einem Drittel der Wählerinnen und Wähler des Bundestagswahlkreises Landkreis Oder-Spree und Frankfurt (Oder) direkt in den Deutschen Bundestag gewählt. Über meine Tätigkeit habe ich jährlich Rechenschaft abgelegt. Nun jedoch steht die Bundestagswahl 2013 ins Haus und da ich erneut als Direktkandidat im Wahlkreis 63 antreten möchte, ist es Zeit, die Wahlperiode zu bilanzieren.

Die seit 2009 vergangenen Jahre waren für die Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg, Deutschland und Europa ereignisreich. Durch die Bankenkrise von 2008 wurde die Krise des Euro und der Europäischen Union sichtbar. Der wankelmütige Kurs der zerstrittenen schwarz-gelben Bundesregierung und die Politik der ersten rot-roten Regierung in Brandenburg haben diese Zeit auch hier im Wahlkreis maßgeblich mit geprägt.

Als Bundestagsabgeordneter, als Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, als Sprecher der Brandenburger Landesgruppe in der Linksfraktion im Bundestag, bis Februar diesen Jahres als Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg und seit Juni als Mitglied des Parteivorstandes meiner Partei habe ich diese Ereignisse in vielen Funktionen, Aktionen und Initiativen aus nächster Nähe miterlebt, mich für die Interessen meiner Wählerinnen und Wähler eingesetzt, d.h. gegen die Politik der Bundesregierung opponiert und die Politik der Landesregierung mitgestaltet.

Meine Arbeit für die Wählerinnen und Wähler ist undenkbar ohne eine starke LINKE im Bund und im Land. Deshalb ist für mich das Arbeiten an einer stabilen gesamtdeutschen Partei untrennbar von meinem Einsatz für unsere Wählerinnen und Wähler. Ohne die Zusammenarbeit und das Zusammenwirken mit meinen Genossinnen und Genossen in der Bundestagsfraktion, im Parteivorstand, im

Landesverband und im Landkreis Oder-Spree und Frankfurt (Oder), ohne die vielen Mitglieder und Sympathisanten meiner Partei in Bürgerinitiativen vor Ort, in Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen, im Land- und im Kreistag, den linken Bürgermeisterinnen und Ministern, gäbe es ein erfolgreiches Wirken meinerseits weder im Wahlkreis noch im Bundestag.



Gemeinsam haben wir uns in den vergangenen Jahren im Bund und im Wahlkreis für die Bürgerinnen und Bürger engagiert:

- Für Gute Arbeit, von der man leben kann;
- Für die Sicherung der Perspektive von Unternehmen in der Region, insbesondere der Industrie und der Landwirtschaft;
- Für den Erhalt von öffentlichen Einrichtungen in unseren Städten und Gemeinden;
- Für soziale Gerechtigkeit und gegen Armut;
- Für ein tolerantes Brandenburg und eine lebenswerte Kulturlandschaft;
- Für die Entwicklung der touristischen

Infrastruktur und eine enge Zusammenarbeit mit polnischen Partnern;

- Für eine vernünftige Entwicklung von erneuerbaren Energien;
- Gegen die unzeitgemäße Förderung fossiler Energiegewinnung;
- Für ökologische Nachhaltigkeit und gegen verfehlte beziehungsweise unterlassene Infrastrukturmaßnahmen;
- Für ein Nachtflugverbot am Flughafen Berlin Brandenburg in Schönefeld zwischen 22 und 6 Uhr;
- Für eine friedliche Zukunft;
- Gegen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus.

Das alles ist nicht ohne die Zusammenarbeit mit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern in den ehrenamtlichen Gremien zu bewältigen. Nicht ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen der Gemeinden, Städte und des Kreises. Nicht ohne die Verantwortlichen und Aktiven in Gewerkschaften, Sozialverbänden und in Bürgerinitiativen. Nicht ohne die Geschäftsführer in Unternehmen und Genossenschaften, engagierten Menschen aus allen Bereichen der Gesellschaft und natürlich nicht ohne die umfangreiche Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bundestag und im Wahlkreis.

Bei allen, die sich in den vergangenen Jahren auf die eine oder andere Weise mit mir gemeinsam für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis eingesetzt beziehungsweise zusammengearbeitet haben, möchte ich mich auf diesem Weg bedanken. Zugleich möchte ich an dieser Stelle versichern, dass ich mich auch im verbleibenden Jahr der Wahlperiode in gleicher Weise bemühen werde, meinen Wählerinnen und Wählern gerecht zu werden.

Mit besten Grüßen

Thomas Nord

Ihr Thomas Nord

Im Bundestag

Der **Alltag eines Bundestagsabgeordneten** ist eine in Jahrzehnten entstandene und in diversen Geschäftsordnungen festgehaltene Routine. Sie wird einerseits durch eine Vielzahl von innen- und außenpolitischen Ereignissen und deren parlamentarischen Widerhall bestimmt sowie andererseits vor allem durch das Bemühen, der eigenen politischen Position Gehör zu verschaffen. Innerhalb der Fraktion und der Gremien des Parlaments gehört die Ausübung vieler Funktionen zur Normalität eines Mitglieds des Bundestages (MdB). Eine Sitzungswoche ist angefüllt mit Dutzenden von Terminen. Die Sitzungen der Fraktion, die Beratungen der Ausschüsse und die Teilnahme an den Plenarberatungen gehören sicher zu den wichtigsten.



Im Plenum.

Als **Europapolitiker** in meiner Fraktion habe ich in den letzten drei Jahren mit daran gearbeitet, linke Antworten auf die Krise der Europäischen Union und der Instabilität des Euros zu finden, die wir in Opposition zum neoliberalen Konsens aller anderen Bundestagsparteien offensiv vertreten. Vom ersten Tag der aktuellen Legislaturperiode an waren wir als LINKE im Bundestag mit der Politik der Bankenrettung und der „Rettungspakete“ konfrontiert. In unzähligen ordentlichen- und Sondersitzungen des Europaausschusses und des Bundestagsplenums, z.B. in der letzten Sommerpause, haben wir uns mit der verfehlten Politik der Bundesregierung, die häufig genug von SPD und Grünen unterstützt wurde, auseinandergesetzt. Hunderte Milliarden Euro von Steuergeldern wurden bewegt, um Banken und Spekulanten vor den Folgen der von ihnen verursachten Krise zu schützen. Gleichzeitig fehlt das Geld in der Sozial-, der Arbeitsmarkt- und der Infrastruktur-

politik, oder in „meinem“ Politikbereich, der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und deren Struktur- und Kohäsionsfonds. Das fand und findet unsere scharfe Kritik und verpflichtet uns zugleich, verständliche Alternativen zu formulieren.

Die Auswirkungen der Krise der EU sind in Deutschland weit weniger zu spüren als in anderen Mitgliedsländern. Die Entwicklung der Europäischen Union zu verfolgen und der Länder, mit denen sie kooperiert, ist für mich tägliche Arbeit. Ebenso gehört zu unseren ständigen Aufgaben als Abgeordnete, mit Parlamenten und Parlamentariern anderer europäischer Länder den Austausch und die Zusammenarbeit zu pflegen. Ein Instrument hierfür sind die Parlamentariergruppen, in denen sich Abgeordnete ohne Fraktionszwang zu den brennenden Themen informell verständigen können. Als **stellvertretender Vorsitzender** der deutsch-polnischen, der deutsch-bosnischen und als Mitglied der Parlamentariergruppe für den Westbalkan war ich in diesem Aufgabenfeld an vielen Beratungen in Berlin und in den Partnerländern beteiligt. Die Reisen sind ein wichtiges Element, um sich ein eigenes Bild der Lage machen zu können.



Mit dem EU-Ausschuss in Moskau.

Für die europäische Entwicklung ist die Zusammenarbeit zwischen den beiden ökonomischen und politischen „Schwergewichten“ in der EU, Frankreich und Deutschland von besonderer Bedeutung. Die von den Regierenden beider Länder maßgeblich vorangetriebene Sparpolitik zur Krisenbewältigung hat nicht nur bei uns, sondern vor allem in den betroffenen Ländern wie Griechenland, Spanien, Irland oder Portugal verheerende soziale und ökonomische Konsequenzen. Die Austeritätspolitik führt zu einer Abwärtsspirale, die die betroffenen Länder tiefer in die

Wirtschaftskrise hineinführt, sie trägt nicht zu deren Lösung bei. Als **Mitglied einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages** habe ich daher zusammen mit unseren Genossen der französischen Linken gegen den von uns abgelehnten Fiskalpakt und den ESM opponiert. Seit dem ist die Organisation der Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Linken eine Aufgabe, die von mir mit großer Freude in Angriff genommen wird.



Für europäische Solidarität.

Es ist hier nicht der Platz, über alle meine Tätigkeiten zu schreiben. Wesentlich ist mir aber noch die Arbeit als **Sprecher der Landesgruppe Brandenburg** in der Linksfraktion. Dieser Zusammenschluss der linken Brandenburger MdB dient der Vertretung der Interessen des Landes in der Bundestagsfraktion und der Abstimmung der Arbeit zwischen den Fraktionen im Bundestag und im Landtag, unseren Ministern in der Landesregierung und der Partei in Brandenburg. Durch unsere Regierungsbeteiligung ist der Abstimmungsbedarf mitunter hoch, weil Regierungspolitik im Land und Oppositionspolitik im Bundestag und im Bundesrat in Übereinstimmung gebracht werden müssen.

Vieles ließe sich noch anfügen. DIE LINKE im Bundestag hat sich in den vergangenen drei Jahren bemüht, ihre Versprechen an die Wählerinnen und Wähler einzulösen. Das war nach dem krankheitsbedingten Rückzug von Oskar Lafontaine und den folgenden Auseinandersetzungen nicht immer einfach. Aber die Versprechen waren immer handlungsleitend für das Wirken unserer Fraktion und damit auch für das Meinige.

Parlamentarische Aktivitäten:

8 Reden, 32 Entschließungsanträge,
120 Anträge, 42 Kleine Anfragen

Im Wahlkreis unterwegs

Zu den wichtigsten Aufgaben eines Abgeordneten gehört der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern. Daher war der Umzug von Potsdam nach Frankfurt (Oder) für mich selbstverständlich. Kontakt halten heißt nicht, nur zum Neujahrsempfang, zum 8. März, den 1. oder 8. Mai „vor Ort“ zu sein, sondern so oft wie möglich. Es heißt vor allem, sich konkret zu kümmern. Kümmern um Gute Arbeit, um Erhalt und Ausbau öffentlicher Einrichtungen und Unternehmen. Um Infrastruktur, Bildung, Kultur, Tourismus und öffentliche Sicherheit. Vor allem jedoch um die Belange der Menschen. Für mich als LINKER Abgeordneter heißt das, denen zu helfen, die es besonders nötig haben. Mit einigen Schlaglichtern soll deutlicher werden, warum meine Mitarbeiter und ich uns täglich bemühen.

Am Anfang steht das Gespräch

Als neu gewählter Bundestagsabgeordneter stand ich vor der Aufgabe, mich vorzustellen, Zusammenarbeit anzubieten, beziehungsweise auch konkret zu organisieren. Ich suchte alle Amtsdirektoren und Bürgermeister des Wahlkreises, den Landrat und seine Beigeordneten auf. In den Gesprächen informierte ich mich über Entwicklung der Städte und des Landkreises, über die Stärken und Sorgen der Kommunen. Besonders intensiven Kontakt habe ich mit unserer Eisenhüttenstädter Bürgermeisterin, Dagmar Püschel. Aber auch mit dem Landrat Manfred Zalenga, den Beigeordneten Frau Dr. Ilona Weser, Rolf Lindemann, dem Frankfurter Bürgermeister Dr. Martin Wilke und dem Bürgermeister der Stadt Beeskow, Frank Steffen hatte ich viele Gespräche, um Probleme des Wahlkreises zu diskutieren und wo möglich, zu beheben.

In Wahlkreissprechstunden konnten viele Menschen Probleme an mich herantragen oder mich auch einfach nur kennen lernen. Meist geht es um konkrete kommunale Dinge wie z.B. Straßenlärm oder die Altanschließerproblematik. Eine wichtige Quelle für den unmittelbaren Kontakt mit den Wählerinnen und Wählern sind Besuchergruppen. Seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag haben auf meine Einladung hin etwa 660 Menschen den

Bundestag besucht beziehungsweise sich zwei Tage lang Ministerien und Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt anschauen können. Dabei handelte es sich überwiegend um Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Vereine, aber auch Genossinnen und Genossen aus dem Wahlkreis und darüber hinaus.

Stabile Wirtschaft, Gute Arbeit

Zu den wichtigsten Themen im Wahlkreis gehört für mich der Kampf um Gute Arbeit, von der man leben kann. Die Sicherung und Neuansiedelung von Unternehmen gehört dazu. Es war für mich selbstverständlich, einen guten Kontakt zu den Gewerkschaften herzustellen und zu pflegen. Oft habe ich mit Kolleginnen und Kollegen des DGB, von ver.di, der IG Metall oder IG BAU zusammengearbeitet. Trotz mancher Unternehmensansiedlungen konnte auch hier im Wahlkreis – auf Grund der Niedriglohnpolitik des Bundes – zu wenig Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit in Existenzsichernde Arbeit verholfen werden. Viele Jobs sind im Niedriglohnbereich angesiedelt und einige so schlecht bezahlt, dass sie einer Aufstockung durch Hartz IV bedürfen. Das ist ebenso skandalös wie die Ausweitung von Leiharbeitsverhältnissen. Im Kampf um Gute Löhne konnten die betroffenen Belegschaften mit mir rechnen. Vor kurzem hatte ich ein Gespräch mit dem Betriebsrat von Walter Services, einem Unternehmen in Frankfurt, das u.a. in der Callcenter-Branche aktiv ist. Dessen Beschäftigte streikten – fernab von großem Medieninteresse – schon einige Wochen für bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne. Dabei wurden sie von der LINKEN und auch von mir unterstützt.

Zu den Niederlagen in den vergangenen drei Jahren gehört das Bemühen um die Unternehmen der Solarindustrie, insbesondere in Frankfurt und Fürstenwalde. Die Bundesregierung trägt mit ihrer EEG-Novelle maßgebliche Verantwortung an der Demontage des Standortes Frankfurt. Die rot-rote Landesregierung, aber auch wir linken Abgeordneten haben alles getan, um Standorte zu sichern bzw. zu retten. Aber letztlich waren diese Bemühungen trotz unseres scharfen Protest, auch



In Beeskow.



Für Gute Arbeit.



In Frankfurt.



Brückenfest am 1. Mai.



In Woltersdorf.

Im Wahlkreis unterwegs



In der Klosterbrauerei Neuzelle.



Ostdeutsche Wasserstraßen sind keine sonstigen Wasserwege.



An der Schleuse in Fürstenwalde.



Besuch aus Palmnicken und China im Bundestag.



Am Vorlesetag in Fürstenwalde.

im Bundestag, vergeblich. Die Bundesregierung unterstützt kompromisslos die alten Monopolkonzerne, zukunftsfähige Wirtschaftskompetenz sieht anders aus.

Ohne gut wirtschaftende Unternehmen gibt es keine gut entlohnenden Arbeitsplätze. Daher war und ist es mir wichtig, hier ein offenes Ohr zu haben. So stellte ich Kontakte zur IHK Ostbrandenburg und zur Handwerkskammer her. Immer wieder traf ich hoch engagierte Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, die die Klippen der Nachwendejahre geschickt hinter sich gelassen oder ein Unternehmen neu gegründet haben. Die Firma GeoClimaDesign hat in Fürstenwalde ein kostensparendes Heizsystem für Wohnungen entwickelt. Dynea in Erkner, wo einst die erste Bakelit-Fabrik entstand, stellt heute Teile für die KFZ-Branche her. Vor wenigen Wochen hat die Gießerei Duktil-Guss in Fürstenwalde einen Betriebskindergarten gegründet.

In der Klosterbrauerei Neuzelle schilderten mir die beiden Geschäftsführer, Helmut und Stefan Fritsche, welche Herausforderungen sie täglich zu meistern haben. Ihr Betrieb gehört zu den fünf besten Ausbildungsbetrieben der Region, sie bieten allen Lehrlingen eine Weiterbeschäftigung nach der Lehre an. Aber auch große Unternehmen, die im Wahlkreis ihren Hauptsitz haben, z.B. der Energieversorger E.ON edis, habe ich aufgesucht. Die neue Papierfabrik in Eisenhüttenstadt besuchte ich kurz vor ihrer Inbetriebnahme. Im anschließenden Gespräch diskutierte ich mit Werkleiter Götz Herold über die Möglichkeiten, die Transportmöglichkeiten über Hafen und Wasserwege zu verbessern.

Vor allem auf der Spree und dem Oder-Spree-Kanal werden von vielen hier ansässigen Unternehmen Güter transportiert. Dies entlastet den Güterverkehr auf der Straße. Mit der Ankündigung des Bundesverkehrsministers Ramsauer, die ostdeutschen Wasserstraßen zu „sonstigen Wasserstraßen“ herabzustufen, entsteht im Wahlkreis ein großes Problem. Zwei Schleusen für größere Schubverbände wurden mit erheblichem Aufwand modernisiert. Aber gerade die in der Mitte gelegene Schleuse Fürstenwalde soll nicht mehr ausgebaut werden. Sie bliebe dadurch ein Flaschenhals. Die bisherigen

Investitionen würden vollständig entwertet. Deshalb haben meine Partei und ich eine Protestfahrt von IHK und zahlreichen betroffenen Unternehmen von Eisenhüttenstadt nach Berlin unterstützt und begleitet. Zusammen mit der Bundestagsfraktion werde ich mich gegen die bayrische Ignoranz und für den Ausbau der Wasserstraßen einsetzen.

In der Vergangenheit waren Ausbildungsplätze und Perspektiven rar, das ändert sich jetzt. Der zunehmende Fachkräftemangel in der Region nimmt einen wachsenden Stellenwert ein. In den vergangenen Monaten war ich in einer Vielzahl von Berufsausbildungsunternehmen der Region. Die Zusammenlegung der Oberstufenzentren Eisenhüttenstadt und Palmnicken hat den Standort Eisenhüttenstadt gestärkt. Joachim Schenk, Schulleiter beider Zentren, unterstütze ich dabei, einen Schüleraustausch mit China zu realisieren.

Soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen Armut und Ausgrenzung

Armut ist ein großes Problem. In Frankfurt haben wir derzeit eine Arbeitslosenquote von etwa 15 Prozent. Für mich als linken Abgeordneten ist es selbstverständlich, engen Kontakt zu den Verbänden, Initiativen und Vereinen zu halten, die sich um die Probleme der betroffenen Menschen kümmern. Das stetige Gespräch und die Unterstützung von Obdachloseneinrichtungen, Tafeln, Sozialkaufhäusern und Schuldnerberatungen gehören dazu.

Die Frankfurter LINKE sammelt seit mehreren Jahren auf ihrer Tagung zum Jahresende Spenden für die Frankfurter Arbeitsloseninitiative. Mit solchen Spenden unterstützen wir die Arbeit der Tafel, um Familien und vor allem Kindern zu Weihnachten eine Freude zu bereiten. Bereits vor der letzten Bundestagswahl habe ich die Gesellschaft für Arbeits- und Sozialrecht (GefAS) kennengelernt und besuche sie seitdem regelmäßig. Ich bewundere das vorbildliche Engagement von Geschäftsführer Siegfried Unger und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Traditionell bestehen zur Volkssolidarität in Frankfurt und im Landkreis Oder-Spree sehr gute Verbindungen. Bei der Fürsten-

Im Wahlkreis unterwegs

walder Volkssolidarität habe ich Spenden für die Weihnachtsfeier überreicht, bin am Internationalen Frauentag in Beeskow aufgetreten und habe Mitglieder zu Berlin besuchen eingeladen. Auch bei Versammlungen des Brandenburgischen Seniorenverbandes bin ich gerne aufgetreten.

Aktuell beschäftigt mich die Situation von Heimkindern besonders. Im Storkower Ortsteil Kehrigk habe ich mich bei „Sonnenschein e.V.“, einem Träger der freien Jugendhilfe, über deren Situation informiert. Unterrichtsmaterialien und Klassenfahrten sind aus dem zur Verfügung stehenden Regelsatz kaum bezahlbar. Ich prüfe deshalb, inwieweit der bislang nur zu zwei Dritteln ausgeschöpfte Schulsozialfonds des Landes Brandenburg dafür herangezogen werden kann.

Einen großen Stellenwert hatte für mich in den vergangenen drei Jahren auch die Arbeit mit und für Flüchtlinge. Oft habe ich die Zentrale Aufnahmestelle für AsylbewerberInnen in Eisenhüttenstadt (ZAST) besucht. Für das Internetcafé von „Refugees Emancipation e.V.“ konnte ich fünf Computer besorgen, um den Flüchtlingen den Kontakt zu ihren Freunden und den Angehörigen zu erleichtern. In Fürstenwalde habe ich die Behandlungsstelle für traumatisierte Flüchtlinge und das Haus Hoffnung besucht.

Dort erfuhr ich von einer in Berlin bestehenden Vormundschaftsregelung, die die Arbeit der Betreuerinnen und Betreuer sehr erleichtern würde. Mit der Landtagsabgeordneten Bettina Fortunato setze ich mich für eine solche Regelung in Brandenburg ein. Seit dem 1. Januar 2012 ist als ein Ergebnis unserer Bemühungen ein Modellprojekt für eine Vereinsvormundschaft im Flüchtlingsheim für allein reisende Jugendliche (ALREJU) in Fürstenwalde angelaufen.

Für ein konsequentes Nachtflugverbot am BER

Häufig habe ich Bürgerinitiativen gegen Fluglärm besucht. Gemeinsam mit Vertretern der Deutschen Flugsicherung führte ich Anfang 2012 eine Informationsveranstaltung für Bürgerinitiativen sowie Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der betroffenen Gemeinden

durch. Hier stand die Diskussion über die geplanten Flugrouten im Zentrum. Besonders schätze ich die sachlich-konstruktive Arbeit der Bürgerinitiative Gosener Wiesen. Dort entstand auch die Idee, einen Antrag zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes in den Bundestag einzubringen. In diesem fordert die Linksfraktion dem nächtlichen Lärmschutz Priorität vor wirtschaftlichen Belangen einzuräumen.

Aurith

Seit meiner Wahl in den Deutschen Bundestag suchte ich den Kontakt zur Bürgerinitiative „Ziltendorfer Niederung“. Anstelle einer Brücke bei Aurith (Gemeinde Ziltendorf) und den Straßenverlauf mitten durch das kleine polnische Dorf Urad (Gemeinde Cybinka), unterstützte ich den Vorschlag der BI, eine kleine Fähre über die Oder fahren zu lassen. Diese gab es bereits vor dem zweiten Weltkrieg. In den verschiedenen Treffen seit meiner Wahl fanden zahlreiche Gespräche auf beiden Seiten der Oder statt. So traf ich mich mit dem Vorstand der BI, dem Amtsdirektor des Amtes Brieskow-Finkenheerd, Herrn Danny Busse, dem polnischen Bürgermeister der Gemeinde Cybinka, Herrn Roman Sieminski und unterstützte sie bei der Umsetzung und Realisierung eines Fährbetriebes.

Kulturlandschaft

Der Wahlkreis ist eine historische Kulturlandschaft. Die denkmalgerechte Sanierung des ehemaligen Georgenhospitals in Frankfurt (Oder) liegt mir am Herzen, die zukünftige Nutzung durch das Studentenwerk ist eine gute Lösung. Auch das Kunstarchiv in der Burg Beeskow, in der Kunstobjekte aus der gesamten DDR aufbewahrt werden, ist ein wichtiger Kulturort. Ich bin Mitglied im Förderverein. Es bedarf neuer Räumlichkeiten, um die Bilder fachgerecht ausstellen, lagern und für die Nachwelt erhalten zu können. Hierfür stehe ich in regelmäßigem Gespräch mit der Dezernentin des Landkreises LOS und stellvertretenden Landrätin, Frau Dr. Weser, ebenso mit dem Direktor der Burg Beeskow, Herr Schladebach.



Bei der Volkssolidarität.



Bei der ZAST in Eisenhüttenstadt.



Gespräch zur geplanten Fähre bei Aurith.



In der Burg Beeskow.



Im Karl-Liebknecht Gymnasium in Frankfurt (Oder)

Im Ehrenamt

Vor meiner Wahl in den Deutschen Bundestag war ich seit 2005 im Hauptamt **Landesvorsitzender meiner Partei** in Brandenburg. Mit meinem Einzug ins Parlament wurde 2009 aus dem Hauptamt ein Ehrenamt, das ich bis zum Februar dieses Jahres mit viel Engagement ausgeübt habe. Meine Doppelfunktion als ehrenamtlicher Landesvorsitzender und als MdB ermöglichte es mir, politische Probleme des Wahlkreises, die nicht die Bundes- sondern vor allem die Landespolitik betrafen, unmittelbar und direkt zu vertreten und in Potsdam anzusprechen. Für mich war das einerseits eine Chance, andererseits auch eine durchaus anspruchsvolle zeitliche, psychische und physische Herausforderung. Verstärkt wurde diese Konstellation durch die Bildung der ersten rot-roten Landesregierung in Brandenburg wenige Wochen nach der Bundes- und der Landtagswahl im September 2009.



Gemeinsam verhindert: Die Privatisierung Brandenburger Seen.

Die schwierigsten Kompromisse in der Koalitionsvereinbarung waren die zur weiteren Braunkohleverstromung in Brandenburg und zur CCS-Technologie sowie die zur Zukunft des Öffentlichen Dienstes und dazu gehörender öffentlicher Institutionen in der Fläche des Landes. Gerade die Erfahrungen als Abgeordneter halfen mir hier, als Landesvorsitzender die Interessen unserer Wählerinnen und Wähler und auch des Wahlkreises in der Landespolitik zu vertreten. So hatte unser Koalitionspartner die Absicht, Amtsgerichtsstandorte zu schließen und die Anzahl der Polizeiwachen auf 15 im Land zu reduzieren. Der damalige Innenminister plante dabei auch die Schließung der Wachen in Erkner und Eisenhüttenstadt. Der linke Justizminister wurde aufgefordert, den Amtsgerichtsstandort Eisenhütten-

stadt aufzugeben. Letzteres wollte dieser nie und er konnte sich gemeinsam mit der Bürgermeisterin der Stadt und mit Unterstützung der Landtagsfraktion und der Landespartei in der Koalition durchsetzen. Ebenso schwierig war die Auseinandersetzung um die Standorte der Polizeiwachen. Am Ende gelang es, der Aussage im Koalitionsvertrag, dass die Präsenz der Polizei in der Fläche des Landes erhalten bleiben muss, zum Durchbruch zu verhelfen und auch die Standorte Erkner und Eisenhüttenstadt zu erhalten.



Seltener Moment: Alle lachen

Am schwierigsten war die Auseinandersetzung um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Erprobung der CCS-Technologie. Der Ministerpräsident hatte im Wahlkampf offensiv für diese Technologie geworben und die SPD war mit dieser Aussage stärkste Partei im Land geworden. Die Gegner der weiteren Braunkohleverstromung hatten im Vorfeld des Landtagswahlkampfes ein Volksbegehren gegen neue Tagebaue verloren. Sie können sich im Landtag nur auf eine Minderheit von etwa einem Drittel der Abgeordneten stützen. In dieser Situation, die in besonderer Schärfe auch die Region um Beeskow betraf, setzte in der Landesregierung und auch in der LINKEN eine harte Auseinandersetzung um die Interpretation des Koalitionsvertrages ein. Den auf Intervention der LINKEN im Koalitionsvertrag aufgenommenen restriktiven Begrenzungen zur Genehmigungen für die Erprobung von CCS nutzten die Bürgerinitiativen gegen CCS-Verpressung für nachhaltigen Druck, der sich als durchaus notwendig erwies. Im Ergebnis lokaler, nationaler und europäischer Auseinandersetzungen, eines enormen außerparlamentarischen Drucks und einer konsequenten Haltung der Landespartei hat die Koalition letztlich auf die Erprobung der CCS-Technologie in Brandenburg verzichtet. Darüber freue ich

mich, wenn auch klar ist, dass die Auseinandersetzung um die Verstromung der Braunkohle damit nicht beendet ist.



Amtsübergabe

Nach meinem Ausscheiden aus dem Landesvorsitz habe ich auf dem Göttinger Parteitag für den Parteivorstand der LINKEN kandidiert und wurde gewählt. DIE LINKE hat sich in den vergangenen Jahren eindeutig zu viel mit sich selbst und zu wenig mit den Interessen der Wählerinnen und Wähler beschäftigt. Als Landesvorsitzender und jetzt als **Mitglied des Parteivorstandes** bin ich in all diesen Debatten immer konsequent für eine starke gesamtdeutsche LINKE eingetreten. Das war nicht immer einfach, aber auf dem Göttinger Parteitag im Juni des Jahres hat sich diese Position mit deutlichen Mehrheiten durchgesetzt. Mit der neuen Führung der Partei, Katja Kipping und Bernd Rixinger als Vorsitzenden, haben wir wieder Fuß gefasst und stellen die Interessen der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum unserer Arbeit. Dieser Kurs hat Erfolg, unsere politische Stellung ist nach den unruhigen Gewässern wieder gefestigt. Das macht für die kommenden Wahlen optimistisch und hat mich motiviert, als Mitglied im Wahlstab meiner Bundespartei mitzuarbeiten. Auch in diesem Ehrenamt geht es darum, erneut für ein gutes Wahlergebnis der LINKEN bei der kommenden Bundestagswahl zu kämpfen.

Thomas Nord

im Gespräch mit

**Katja Kipping &
Oskar Lafontaine**

Die LINKE zwischen
Ost & West
Regierung & Opposition

17. November 2012 • 12 Uhr
Spreepark Beeskow
Bertholdplatz 6 • 15848 Beeskow

DIE LINKE.

Kontakt

Die Mitarbeiter im Wahlkreis

Thomas Nord ist der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete im Wahlkreis 64. Dieser umfasst die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder) sowie den Landkreis Oder-Spree. Zur Unterstützung seiner Arbeit in diesem großen Flächenkreis beschäftigt der Abgeordnete drei Mitarbeiter, die



Karl-Friedrich Rubach
für Beeskow, Eisenhüttenstadt und Neuzelle

Wahlkreisbüro Beeskow

Thomas Nord, MdB
Mauerstraße 27, 15848 Beeskow
Telefon: (033 66) 52 03 68
Telefax: (033 66) 52 03 69
E-Mail: thomas.nord.ma03@bundestag.de
Sprechzeit: Donnerstag 14 bis 17 Uhr

Sprechzeit in **Eisenhüttenstadt**:

Montag 14 bis 17 Uhr
Lindenallee 30, 15890 Eisenhüttenstadt,
„Rotes Café“

vor allem regional bezogen ihre Arbeitsschwerpunkte haben.

Sie sind die Ansprechpartner vor Ort, organisieren und koordinieren Gesprächs- und Besuchstermine, pflegen den regelmäßigen Kontakt und Austausch zu Bürgern, Institutionen, Verbänden, Un-



René Wilke
für die Stadt Frankfurt (Oder)

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Thomas Nord, MdB
Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (03 35) 86 95 08 31
Telefax: (03 35) 86 95 08 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

ternehmen und Organisationen. Dabei gilt es, die unterschiedlichen Gegebenheiten des gesamten Wahlkreises zu kennen, regionale Spezifika zu berücksichtigen sowie politische Themen aufzugreifen und zu bearbeiten.



Frithjof Bastian
für Fürstenwalde, Bad Saarow bis Storkow sowie Erkner, Woltersdorf, Schöneiche

Wahlkreisbüro Fürstenwalde (Spree)

Thomas Nord, MdB
Eisenbahnstraße 146
15517 Fürstenwalde (Spree)
Telefon: (03 361) 34 26 18
Telefax: (03 361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Büro in Berlin

Deutscher Bundestag
Thomas Nord, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 26 75
Telefax: (0 30) 22 77 66 75
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de
Internet: www.thomas-nord.de

www.linksfraktion.de



Stefan Heym

„STEFAN HEYM – Einer, der nie schwieg“

Einer, der nie schwieg ... und er hätte schweigen können, 1931 als Gymnasiast, doch er veröffentlichte ein Gedicht gegen den Militarismus und wurde von der Schule relegiert. Er hätte sich einrichten können in den USA im Schutz vor den Nazis, doch er zog in den Krieg. Er hätte sich zurückhalten können, 1945 als Journalist, im befreiten Deutschland, doch Heym machte keinen Hehl aus seiner prosowjetischen Einstellung und wurde in die USA zurückbeordert. Er hätte sich dort eine Nische suchen können, aber ging, um unzensuriert schreiben zu können, zurück nach Europa, in die DDR. Und auch da eckte er an, wie auch später in der BRD. Heym hat sich immer eingemischt, war immer politisch, hat nie geschwiegen, hat Schwierigkeiten gemacht und Schwierigkeiten bekommen, aber blieb sich stets treu. **Im April 2013 wäre Stefan Heym 100 Jahre alt geworden.**

Aus diesem Anlass und zur feierlichen Würdigung seines Lebenswerkes grün-



Stefan Heym und Thomas Nord als sein Mitarbeiter im November 1995.

dete sich in Berlin ein Festkomitee, dem Weggefährten, Freunde, Künstler, Politiker und die Rosa-Luxemburg-Stiftung angehören. Als sein ehemaliger persön-

licher Mitarbeiter war es mir ein tiefes Bedürfnis, dieses mit zu initiieren.

Das Festkomitee will das Lebenswerk von Stefan Heym aus Anlass seines 100. Geburtstags einer möglichst breiten Öffentlichkeit erneut oder zum ersten Mal nahe bringen. Wir laden alle ein, sich daran zu beteiligen. Lasst uns Stefan Heym ehren, indem wir seine Bücher lesen, über seine Gedanken sprechen und Haltung beweisen wie er.

Eines der vielfältigen Projekte entwickelte und produzierte der Schauspieler und Regisseur Franz Sodann mit einer szenischen Lesung zum Leben und zum Werk von Stefan Heym. Die Uraufführung fand am 16. Juni 2012 zum „Fest der LINKEN“ in Berlin statt. **Ich werde auf einer Brandenburg-Tour gemeinsam mit weiteren Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und gesellschaftlichen Akteuren diese szenische Lesung im Frühjahr 2013 präsentieren.**

Stefan Heym

wurde am 10. April 1913 als Helmut Flieg in Chemnitz in einer jüdischen Familie geboren. Floh 1933 vor den Nazis nach Prag und nannte sich fortan Stefan Heym. Ging 1935 in die USA. Dort 1942 erster Bestseller mit dem Roman „Hostages“. 1943 Eintritt in die US-Armee. Als Sergeant an der Invasion in der Normandie beteiligt. 1945 als US-Offizier in Deutschland einmarschiert. Wegen prosowjetischer Einstellung in die USA zurückbeufen. 1953 Einwanderung in die DDR. 1989 Unterstützer der friedlichen Revolution. 1994 Kandidatur für die PDS als Unabhängiger. Eröffnung des 13. Deutschen Bundestags als Alterspräsident. Am 16. Dezember 2001 in Israel gestorben. Mit seinen Romanen wie „Kreuzfahrer von heute“ (1948), „Der König-David-Bericht“ (1972), „5 Tage im Juni“ (1974) oder „Ahasver“ (1981) wurde er zu einem international berühmten Autor.

Eröffnung des Stefan-Heym-Jahres 2013

Palais am Festungsgraben, Marmorsaal,
Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin-Mitte

Sonntag, 9. Dezember 2012, 11 bis 13 Uhr

Es lesen:

Jakob Augstein, Daniela Dahn, Christoph Hein, Andrea Hanna Hünninger, Luc Jochimsen, Thomas Nord, Friedrich Schorlemmer, Franz Sodann

Textbuch: Franz Sodann

Anmeldung per E-Mail an veranstaltung@linksfraktion.de,

Betreff: *Lesung Heym*

oder per Post senden an:

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Fraktionservice,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Weitere Informationen unter www.linksfraktion.de